

Rede Eva Bulling-Schröter, MdB

WERT UND INWERTSETZUNG DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am 23. April 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich herzlich für die Einladung bedanken.

Das Thema „Inwertsetzung von Natur“ kommt natürlich auch im Bundestag an. Sei es über Ökosteuer-Debatten, über den Emissionshandel oder auch klassischerweise über die Honorierung ökologischer Leistungen. Stichworte wären hier Ersatz- und Ausgleich sowie Entschädigungszahlungen im Naturschutz. Aktuell im internationalen Bereich geht es etwa um die Honorierung vermiedener Entwaldung im Rahmen des UN-Klimaprozesses.

Im Zentrum meines Vortrags wird die Frage stehen, nützt eine solche Inwertsetzung der Politik überhaupt, um den Schutz der natürlichen Umwelt nach vorne zu bringen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Enorme Aufmerksamkeit hat seinerzeit der Stern-Report ausgelöst. Bei allem kritischen, was ich noch zu sagen habe, zu recht, wie ich meine.

Der IPCC-Bericht hat Vielen die Dramatik der Erderwärmung genauso vor Augen geführt, wie die Folgen, die auf uns zukommen könnten. Der Stern-Report dagegen ging vor allem mit der griffigen Formel durch die Medien, Klimaschutz sei deutlich billiger als die Schäden, die bei nicht vollzogenem Klimaschutz zu erwarten wären. Ein Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts für Klimaschutz ab sofort gegen 5 bis 20 Prozent, die als Kosten des Klimawandels anfallen, wenn nicht gehandelt wird. Das verstehen sogar Betriebswirte.

Ein solches Herangehen birgt aber auch Gefahren. Unter anderem deshalb, weil das Konzept der externen Kosten letztendlich eingebettet ist in eine neoklassische Wirtschaftstheorie. Und die hat vorrangig nicht Umweltschutz zum Ziel. Es geht vielmehr darum, knappe Ressourcen bei konkurrierenden

Verwendungsmöglichkeiten einer - vermeintlich - optimalen Verwendung zuzuführen. Grenzkosten der Vermeidung gegen Grenzkosten der Umweltschäden – sie kennen das Alles.

Und genau dieser Ansatz, möchte ich warnen, kann sich auch gegen den Schutz der natürlichen Umwelt wenden. Aus grundsätzlichen, aus methodischen und natürlich aus politischen Gründen.

Die alte Forderung, dass Umwelt ihren Preis bekommen soll und Umweltkosten zu internalisieren sind, haben seinerzeit natürlich viele Umweltschützer begeistert aufgenommen. Sie macht ja auch Sinn, siehe Ökosteuern und Emissionshandel. Jedenfalls sofern sie vernünftig umgesetzt sind - was im Falle Deutschlands bzw. der EU nicht der Fall ist. Aber das ist heute nicht das Thema.

Irgendwann verselbstständigten sich dann diese Kosten-Nutzen-Debatten im auf eigentümliche Weise. Etwa durch Leute, wie den dänischen Statistiker Bjørn Lomborg, einem Neoklassiker bis auf die Knochen. Sie fordern, dem Klimawandel seinen Lauf zu lassen. Dessen Schäden durch Dämme und ähnliches abzufedern sei deutlich billiger, als ihn durch Klimaschutzmaßnahmen der Wirtschaft zu vermeiden.

Lomborg ist nicht irgendein Spinner, der Mann trat vor einigen Jahren beim Jahreskongress des VDEW vor 2000 Leuten auf – unter tosenden Beifall der deutschen Energiewirtschaft. Seine Prioritätenliste wurde sogar im Präsidentschaftswahlkampf in den USA gegen Al Gore eingesetzt.

Er präsentiert sich bis heute in wichtigen Medien als vermeintlich besonnener Mahner in Mitten einer angeblich überhitzten Klimadebatte.

„In die Ecke, Besen! Besen! Seids gewesen“, könnte man mit Goethe rufen. Doch „Die ich rief, die Geister, wird' ich nun nicht los“. Denn wer die Natur und ihre Schädigung auf Teufel komm raus in Geldeinheiten bewerten will, der setzt sich eben auch mit dem Teufel an einen Tisch. Schließlich kann man trefflich darüber streiten, wie teuer intakte oder zerstörte Umwelt nun eigentlich ist. Und darüber, was bei knappen Kassen im Umwelt- und Gesundheitsschutz Priorität genießen sollte.

Dieser Streit kann eben auch nach hinten los gehen. Nicht nur, weil Leute wie Lomborg bisweilen sehr manipulativ mit Statistiken jonglieren und anderweitig tricksen.

Zu grundsätzlichen Problemen der Inwertsetzung:

Zunächst kann der Tod eines Menschen ebenso wenig in Geldeinheiten bemessen werden, wie das Aussterben einer Art im Tier- und Pflanzenreich, da sind wir uns sicher einig.

Nicht nur aus ethischen Gründen. Wir können im Falle von Tieren und Pflanzen gar nicht wissen, welchen Nutzen die 10.000 bis 25.000 Arten, die jährlich aussterben, irgendwann für den Menschen gehabt hätten. Dafür müsste man ja göttliche Weitsicht haben, und die gestehe ich ehrlich gesagt Ökonomen als letztes zu.

Dieses Defizit ist nicht irgendein Makel. Es ist ein umfassendes und systematisches Problem.

Was die Methodik betrifft, stellt sich in der Regel nicht die Frage, wie robust eine Berechnung ist, sondern eher, wie tönern deren Füße diesmal sind.

Das Wesentliche dazu hat schon 1996 das heutige Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen, Prof. Olaf Hohmeyer beschrieben. Die Ergebnisse seiner Analyse zu externen Kosten möglicher Klimaveränderungen: Die Ermittlung von Schadenskosten für Umwelt und Gesundheit ist nicht möglich.

Hohmeyer belegt seine These mit einem Beispiel. Es geht um klimabedingte Ernteauffälle bei Getreide in den USA.

Welche Kosten verursacht er? Nur die Einkommensverluste in den Vereinigten Staaten? Bei angenommenen 200 Kilogramm weniger Ernte je Hektar, käme dies für den Farmer etwa einem Minus von 80 Dollar je Hektar gleich. Berücksichtigt man aber, dass weniger Ernte in den USA höherer Preise am Welt-Agrarmarkt bedeuten, so verteuern sich die Einfuhren von Getreide in Entwicklungsländern. So etwas führt in den ärmsten Ländern regelmäßig zu zusätzlichen Hungertoten. Im Beispiel setzt Hohmeyer für die 200 Kg weniger Getreide einen zusätzlichen Toten im Süden an.

Werte in US\$	Todesfall durch Verhungern		
	Ernteverlust 200 kg Getreide	Tod in Niger	Tod in Westeuropa
Ausgangswerte Heute	80	33.000	3.300.000
Heutiger Barwert eines Schadens in 50 Jahren Bei Abdiskontierung mit:			
0 % real	80	33.000	3.300.000
1 % real	49	20.065	2.006.528
3 % real	18	7.528	752.753
5 % real	7	2.878	287.772
10 % real	1	281	28.111

Quelle Prof. Hohmeyer, 1996

Plötzlich muss also ein Todesfall mit in die Schadensberechnung aufgenommen werden. Aber zu welchen Preis? Als Krücke wird hier die Zahlungsbereitschaft genommen, einen Toten in Kauf zu nehmen. Solche Zahlen wurden, so zynisch es klingt, durch eine Studie der EU namens ExternE ermittelte.

Ohne weiter auf Details einzugehen: Bei einem solchen Herangehen wiegt ein Toter in Arkansas oder Berlin ein Vielfaches eines Toten in Mali oder Kalkutta. Für die EU wurden damals bei ExternE beispielsweise 3,3 Millionen US-Dollar je Toten angenommen. Setzt man pro-Kopf-Einkommen als Maßstab an, so wäre dieser Wert in Mali hundertmal kleiner, nämlich nur 33.000 Dollar.

Man könnte allerdings auch aus ethischen Gründen sagen: Wenn man schon wegen der Modellierung den Tod in Geldeinheiten ausdrücken will, dann soll zumindest jeder Mensch gleich viel Wert sein – wenn schon nicht im Leben, dann wenigstens im Grab. Gerade beim Klimawandel lässt sich zudem schwer argumentieren, ein Täter sei mehr wert, als ein Opfer.

Zwischenfazit: Der klimabedingte Ernteausfall von 200 Kg Getreide in den USA kann je nach Modell mit 80 Dollar Ernteausfall bewertet werden, oder mit 33.000 Dollar, oder eben mit 3,3 Millionen Dollar. Zwischen der Kleinsten und der größten Summe liegt ein Faktor von rund 40.000!

Doch damit nicht genug: Die großen Klimaschäden stellen sich ja erst mit erheblicher Zeitverzögerung ein. Dies dürfte bei der Biodiversität nicht viel anders sein. Nikolas Stern hat darum in seinem Report spätere Schäden bzw. Gewinne auf die Gegenwart abdiskontiert, ähnlich, wie es auch Unternehmen bei Ihrer Investitionsrechnung machen.

Bei solchen Rechnungen werden über die Zinsrechnung Barwerte gebildet, um den Wert von Zahlungsströmen verschiedener Perioden für die Gegenwart vergleichbar zu machen.

Die Höhe des Barwertes eines Umweltschadens hängt nun aber entscheidend vom angenommenen Zinssatz ab. Und hier liegt Potential für weitere Manipulationen und verdeckte politische Setzungen.

Lassen wir etwa die 200 kg Getreide in unserem Beispiel erst in 50 Jahren klimabedingt vertrocknen, so wird der Spagat je nach gewähltem Zinssatz noch einmal enorm verbreitert.

Nehmen wir Zinssätze zwischen einem und fünf Prozent. Am Ende liegt der Barwert, eines Ernteausfalls in 50 Jahren in einer Spanne zwischen zwei Millionen und gerade einmal sieben Dollar. Die beiden Extremfälle liegen mit einem Faktor von eins zu 285.000 auseinander.

Selbst innerhalb einer Kategorie betragen die Unterschiede im Ergebnis mehrere Größenordnungen.

Genug der Zahlen. Sie sollten nur verdeutlichen, dass eine exakte Schadensberechnung von Umweltschäden schon in vergleichsweise simplen Modellen Hokusfokus ist. Jeder kann hier alles hin und her rechnen, wenn er will. Ab einer bestimmten Komplexität entbehren Aussagen darüber, ob eine bestimmte Strategie im Umweltschutz im Verhältnis zu den erwarteten Schäden zu teuer wäre, jeder sinnvollen Grundlage.

Denn wenn die normativ-ethischen Setzungen und Zinssätze derart maßgeblich für das Gesamtergebnis sind, dann taugen die Modelle wenig. Aus der Werkzeugkiste können sich Zyniker genauso bedienen, wie Menschenfreunde und Naturschützer.

Und darum ist es vielleicht populär, aber zumindest nicht unproblematisch, wenn der Stern-Bericht nun auch auf die Biodiversität ausgedehnt wird. Die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erstellte Studie „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB) hinterlässt bei mir deshalb einige Fragezeichen.

Manche im Zwischenbericht 2008 gezogenen Schlussfolgerungen sind noch verständlich. Etwa wenn gesagt wird, die Fischereierträge würden jährlich um rund 50 Milliarden Dollar höher ausfallen, würde nachhaltig gefischt werden. Da nimmt man wahrscheinlich einen gesunden Bestand an und bewertet die Differenz zu Marktpreisen.

Die Feststellung aber, dass allein die rund 100.000 Schutzgebiete der Erde den Menschen „natürliche Dienstleistungen“ im Wert von mehr als drei Billionen Euro pro Jahr lieferten, während die Kosten für ihren Erhalt nur bei jährlich knapp 30 Milliarden Euro lägen, halte ich schon wieder für sehr gewagt. Und dies nicht nur wegen der naturgemäß windigen Methodik. Man begibt sich mit solch einer Logik auch auf gefährliches Terrain. Vor allem, wenn wir uns die einzelnen Ökosysteme anschauen. Da bin ich mir nämlich ziemlich sicher, dass man etliche finden wird, die für den Menschen kaum Ökosystemdienstleistungen liefern, jedoch trotzdem äußerst wertvoll und schutzbedürftig sind.

Greifen interessierte Kreise solche Modelle intelligent auf, so kommen wir vielleicht zu Rang- und Reihenfolgen des Schutzes, die wir gar nicht haben wollen. Dann sind vor allem Biotop zu schützen, die unmittelbar oder mittelbar zum Sozialprodukt beitragen. Herings- und Dorschswärme etwa, nicht aber die Tiefsee. Das ist gefährlich. Ich kann auch nicht erkennen, welchen nennenswerten Beitrag zum Sozialprodukt beispielsweise märkische Trockenrasen oder Ähnliches beitragen. Gleichwohl sind sie schützenswert.

Der erste TEEB-Zwischenbericht gipfelt in der Aussage, dass der Rückgang der Ökosystemleistungen und der biologischen Vielfalt beim derzeitigen Trend bis 2050 zu einem Verlust von ca. 7 Prozent des weltweiten Volkseinkommens führt. Ich bin mir ziemlich sicher, diese Zahl könnte auch 20 Prozent betragen oder nur 2 Prozent, je nachdem, wie man rechnet. Auch deshalb, weil die Auswirkungen menschlicher Eingriffe in die Natur von einer Vielzahl von Faktoren und Regelkreisen beeinflusst

sind. In ihrem Zusammenspiel sind sie so komplex, dass jede Prognose mit großen Unsicherheiten behaftet sein muss.

Natürlich sind viele TEEB-Zahlen erst einmal griffig für Politik und Medien. Ich habe darum Verständnis dafür, dass man auch einen solchen Weg geht. Und, wie gesagt, in vielen Fällen macht es ja tatsächlich Sinn, monetäre Größen gegenüber zu stellen. Beispielsweise, bei der Aussage, dass Tropenwaldschutz zu den preiswertesten Mitteln gehört, den CO₂-Ausstoß zu senken. Oder dass 30 Quadratkilometer Wiedervernässung im Rahmen des Moorschutzprogramms Mecklenburg-Vorpommerns mit Kosten von bis zu 12 Euro pro Tonne vermiedenen CO₂-Äquivalenten preiswerter sind, als sonst übliche Kosten zur Treibhausgasminderung.

Auch solche Aussagen sind sicher sinnvoll, wie die, dass das Anpflanzen und der Schutz von fast 12.000 ha Mangroven in Vietnam 1,1 Millionen US-Dollar kostete, gleichzeitig damit aber Instandhaltungskosten für Deiche in Höhe von 7,3 Millionen US-Dollar eingespart wurden. Solche Gegenüberstellungen in abgegrenzten Systemen sind nachvollziehbar, mit ihnen kann man etwas anfangen.

Die derzeitige Inflation der Versuche, Natur „in Wert zu setzen“ scheint mir aber eher aus der Not geboren. Unter anderem wegen dem Rechtfertigungsdruck, dem sich der Naturschutz stets gegenüber Kapitalinteressen ausgesetzt sieht.

Es ist doch auch so: Das neue Naturreservat muss verteidigt werden, nicht das neue Gewerbegebiet auf der Grünen Wiese. Meeresschutzgebiete müssen darum kämpfen, wenigstens die extrem schädlichen extraktiven Nutzungen stoppen zu dürfen. Die Industriefischerei scheint dagegen natürliche Rechte zu haben.

Zudem weiß jeder, dass Mittel für den Naturschutz stets knapp sind. Darum muss auch der Naturschutz öffentliche Mittel möglichst Effizient ausgeben. Da scheint die monetäre Bewertung verschiedener Schutz- und Nutzungsalternativen ein hilfreiches Instrumentarium zu sein.

Ich möchte aber dennoch warnen: Man muss sich im Klaren darüber sein, dass man mit solchen Konzepten in eine ethische und politische Defensive rutschen kann. Denn die Umwelt wäre natürlich auch zu schützen, wenn sie in weiten Teilen überhaupt keinen Nutzen für die Menschheit hätte.

Das ist klingt jetzt alles sehr theoretisch. Aber Probleme gibt es ganz praktisch. Nehmen wir beispielsweise das Konzept der Bezahlung von Ökosystemleistungen. Beim internationalen Waldschutz soll es über die Honorierung vermiedener Entwaldung laufen. Sie kennen dafür sicher das Kürzel REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation).

Nicolas Stern gibt in seinem Report einen jährlichen Betrag von 5 bis 10 Milliarden Dollar an, die nötig seien, um die Entwaldung in den acht Ländern zu stoppen, welche für 70 Prozent der Emissionen verantwortlich sind. Bisweilen werden aber noch deutlich höhere Summen genannt.

Allerdings wird nur selten hinterfragt, wie Diejenigen zu diesen Angaben kommen. Dies ist schwer erklärlich, denn die Antwort auf die Frage, wie teuer der Tropenwaldschutz künftig ausfällt, hat unmittelbar Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung, welches Instrument diese Summen aufzubringen vermag.

So wurde beispielsweise von Vertretern der GTZ in der Vergangenheit regelmäßig argumentiert, nur über den Marktmechanismus - also über REDD im Emissionshandel - wäre es möglich, entsprechende hohe Summen zu mobilisieren. Öffentliche Haushalte in den Geberländern könnten dies niemals stemmen.

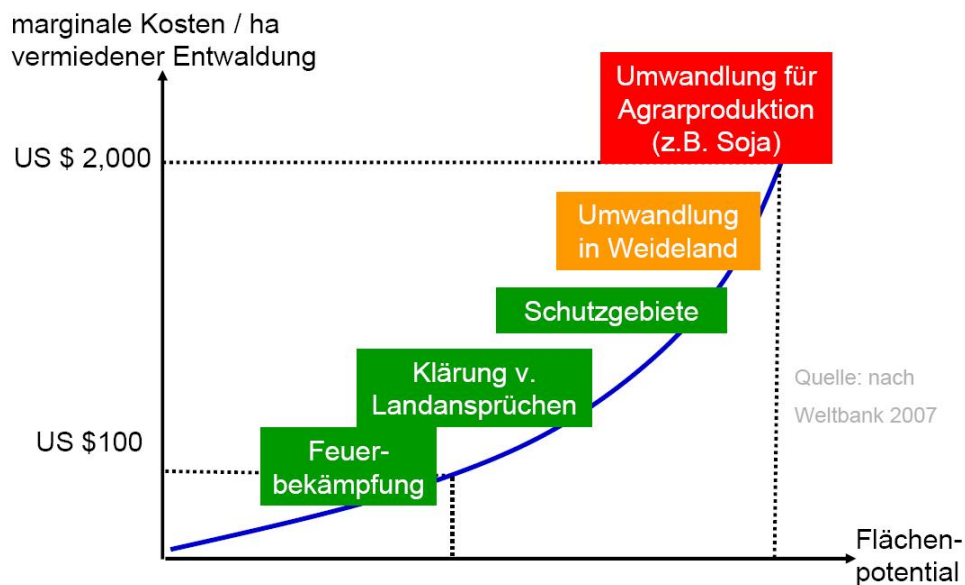
Doch ist dies wirklich so?

Ich möchte Ihnen eine schematische Abbildung der Weltbank zum Thema zeigen.

Sie stellt dar, wie unterschiedlich hoch die Kosten geschätzt werden, die je Hektar vermiedener Entwaldung zu zahlen wären. Es werden dort die unterschiedliche Schutzmaßnahmen bzw. die Kompensation jener Einnahmen zu Grunde gelegt, die aus einer möglichen alternativen Nutzungen des Waldes hätten erzielt werden können.

So sei der Feuerschutz mit rund 100 Dollar je Hektar am preiswertesten zu haben.

Schutzgebiete ohne unmittelbaren Umwandlungsdruck seien schon deutlich teurer. Hinter den Kosten verbergen sich schlicht die einmaligen und laufenden Aufwendungen für ein Schutzgebietsmanagement.



Etwas höher in dieser schematischen Skala ist der Umwandlungsdruck größer. Darum gehen hier nun auch so genannte Opportunitätskosten ein. Das sind die „virtuellen“ Erträge alternativer Nutzungen - etwa jene, die aus einer bei einem Schutzgebiet nunmehr verbotenen Abholzung resultieren – also die Einnahmeausfälle beim Holzverkauf.

Will man gar ein Unternehmen davon abbringen, ein Stück brasilianischen Tropenwald in eine Sojapflanzung zu verwandeln, werden in dem Modell pro Hektar ganz oben rund 2000 Dollar fällig. Schließlich hätte das Agrobusiness mit dem Soja-Export und dem vorherigen Holzeinschlag entsprechen viel verdient.

Man könnte dieses Modell noch weiter führen und unter dem Wald Erdöl vermuten. Dann würden die Kosten je Hektar vermiedener Entwaldung weiter nach oben schießen. Der Wunsch Ecuadors nach einer jährlichen Entschädigung durch die Industrieländer dafür, auf die Abholzung des Tropenwaldes und die Erdölförderung im Yasuni-ITT-Gebiet zu verzichten, geht ja in diese Richtung.

Nach dem Weltbank-Schema verteuert sich also der Tropenwaldschutz nicht nur absolut, sondern auch je Hektar, je mehr Flächen man unter Schutz stellt. Denn es würden dann zunehmend Flächen in den Schutzstatus kommen, die auch anderweitig gewinnbringend nutzbar wären.

Das klingt alles logisch. Ich finde jedoch, man sollte solche Modelle kritisch beleuchten. Denn die Antwort auf die Frage, wie hoch ein Anreiz bei REDD sein muss, um mögliche alternative Nutzungen abzuwehren oder zu kompensieren, ist nicht in der Umweltökonomie zu suchen. Sie liegt vielmehr in der Politik. Denn ob eine alternative Nutzung möglich ist oder nicht, liegt ja in den ökonomischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Von einigen Entwicklungsländern wird argumentiert, ihnen entgingen infolge des Tropenwaldschutzes Entwicklungsmöglichkeiten, wie z.B. durch den Ausbau von Agrarflächen und Transportwegen oder die Förderung von Öl. Dies ist sicher richtig.

Gleichzeitig muss aber festgestellt werden, dass einige Tropenländer trotzdem weitgehend auf weitere Abholzungen verzichten, obwohl sie die Gebiete ebenfalls für die Landwirtschaft frei geben könnten, so etwa Costa Rica. Dort gibt es eine vergleichsweise strenge Schutzgebietspolitik. Zudem werden in einem begrenzten Umfang auch Gelder für Ökosystemleistungen an die Landbesitzer bezahlt. Offensichtlich werden hier die Einnahmen aus dem Tourismus und der Erhalt der Biodiversität inzwischen höher geschätzt, als die Umwandlung ihres Landes in einen Teppich von Palmölplantagen und Viehweiden.

Zudem kommen Agroenergien und Massen-Viehhaltung auf abgeholzten Flächen kaum der einheimischen Bevölkerung zu Gute. Das Geld fließt dem nationalen und internationalen Agrobusiness zu, nicht den einfachen Leuten.

Es stellt sich also die politische Frage, ob der jeweilige Tropenwaldstaat tatsächlich hilflos mit ansehen müsste, wie das Land und seine Natur von einigen wirtschaftlichen Akteuren ausgeplündert wird. Denn nur dann, wenn dies bejaht wird, trifft es zu, dass Opportunitätskosten zu realen Kosten werden.

Modellhaft produziert im Umkehrschluss ein wirksames gesetzliches Verbot des Kahlschlags für den jeweiligen Landnutzer Opportunitätskosten von Null. Denn eine alternative Nutzung ist ihm ja überhaupt nicht erlaubt.

Mir ist schon klar, dass es äußerst schwer ist, solche Verbote zu erlassen und umfassend zu vollziehen. Doch es wird doch deutlich, dass die Rolle des Staates im Tropenwaldgürtel - also seine administrative Stärke und der Grad der Nachhaltigkeit

seiner Umwelt- und Entwicklungspolitik - die Höhe der Opportunitätskosten entscheidend beeinflusst.

Wird beispielsweise von vornherein in der Debatte davon ausgegangen, dass die schrittweise Umwandlung des Amazonasgebietes in Sojaplantagen und Weideland unvermeidlich ist, sofern keine Ausgleichszahlungen in voller Höhe der jeweils entgangenen Einnahmen fließen - so hätte das drei Konsequenzen:

Erstens, setzt diese Einschätzung implizit die Bankrotterklärung jedes staatlichen Handelns der jeweiligen Regierungen voraus. Dies ist eine etwas anmaßende und auch realitätsferne Haltung, finde ich.

Zweitens, würde sich der Tropenwaldschutz durch die auf diese Weise hochgetriebenen Kosten extrem verteuern. Er wäre schlicht nicht finanzierbar.

Drittens, würde bis zum Inkrafttreten von REDD oder anderen Kompensationssystemen die klassische Schutzgebietspolitik in der Tendenz entwertet. Denn besteht nicht folgende Gefahr? Wenn Tropenwäldern in Aussicht gestellt, für jeden Hektar Dschungel, der nicht abgeholzt wird, irgendwann sehr viel Geld zu verdienen, warum sollten sie dann in der Zwischenzeit überhaupt Schutzgebiete ausweisen?

Denken wir nur an Indonesien oder Guatemala, die noch deutlich stärker von Korruption und lokaler Willkür gebeutelt sind als Brasilien. In Borneo reißen sich schon jetzt findige Geschäftsleute Waldflächen unter den Nagel, im Vorgriff auf REDD. Vertreibungen von Urwaldbewohnern werden nicht nur in Indonesien befürchtet. Denn jeder Waldbesitz kann künftig vergoldet werden.

Werden nicht Umweltbehörden oder Umweltschützer im Süden schon allein durch die Art der geführten Debatte deutlich geschwächt? Gestärkt würden demgegenüber jene Kräfte, die sich den Tropenwaldschutz teuer abkaufen lassen wollen.

Dass die Finanzierungsmodelle zur „vermiedenen Entwaldung“ gelegentlich als „Erpressungsmittel“ dienen, nach dem Motto „Unsere Wälder werden gerodet, wenn keine entsprechende Kompensationszahlung erfolgt“, zeigt folgendes Beispiel. Mit Rückenwind aus der Opportunitätskostendebatte zu REDD bemühte sich die Regierung von Kamerun vor zwei Jahren ein 830.000 Hektar großes

Regenwaldgebiet im Süden des Landes für 1,6 Millionen Dollar jährlich an Wald an Holzunternehmer versteigert werden.

Die Drohung zeigte Wirkung. Tatsächlich gibt es nun seit 2009 ein Projekt zur Schutzgebietsentwicklung unter Beteiligung der Weltbank, der GTZ und des WWF. Die bis 2016 vorgesehenen Mittel entsprechen ungefähr dem genannten Betrag.

Um nicht Missverstanden zu werden: Der Schutz dieses Waldgebietes ist erfreulich. Und auch die Kosten liegen ja vergleichsweise niedrig, nämlich bei rund zwei Euro je Hektar und Jahr. Mir geht es hier nur um das Herangehen, um die Ambivalenz.

Diese besteht auch im Falle Ecuadors. Bei aller Sympathie und Unterstützung für den ITT-Vorschlag von ecuadorianischen Regierung – nämlich mutige Schritte zu unternehmen, um fossile Rohstoffe einfach in der Erde zu lassen – er hat auch einen Pferdefuß. Denn eigentlich darf er nicht wirklich Schule machen. Denn Ecuador möchte ja die Hälfte der entgangenen Öl-Einnahmen finanziert haben. Da sind wir dann bei fast 2000 Dollar je Hektar geschützter Tropenwald.

Wie weit die Kosten je nach Politikentwurf auseinander liegen können, zeigt ein Beispiel aus Borneo. Dort werden bei der Errichtung und dem Betrieb des Regenwaldschutzprojektes MAWAS in Zentralkalimantan schlicht und klassisch die realen Kosten angesetzt. „Opportunitätskosten“ einer Abholzung oder alternativen Nutzung werden also nicht mit einbezogen. Der Umfang der Finanzierung bleibt dadurch vergleichsweise niedrig. Die Borneo Orangutan Survival Foundation (BOS) berechnet für die Finanzierung bis 2020 durchschnittliche Kosten in Höhe von jährlich knapp einer Millionen Euro. Das Projektgebiet umfasst 377.000 Hektar Land, woraus sich Schutzkosten von gerade einmal 2,65 Euro je Hektar im Jahr ergeben. Zur Erinnerung: Die Weltbank spricht von Opportunitätskosten bis zu 2000 Dollar je Hektar.

Am Beispiel Mawas kann ein weiteres Kostenproblem bei REDD verdeutlicht werden. Der Tropenwaldschutz würde sich dort deutlich verteuern, würde er kohlenstoffbasiert in den Emissionshandel einbezogen. So speichern die Torfböden der Tieflandregenwälder Indonesiens durchschnittlich bis zu 3000 Tonnen Kohlenstoff je Hektar. Das entspricht etwa der zehnfachen Speicherkapazität der Regenwälder in anderen Regionen. Ein erheblicher Teil davon wird nach einer

Abholzung sukzessive als CO₂ und Methan freigesetzt. Mit 160 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent rechnen Experten.

Würde diese Freisetzung durch REDD in einem Emissionshandelssystem verhindert, so würden enorme Mengen an Zertifikaten generiert. Tatsächliche Schutzkosten und Zertifikateinnahmen stünden in keinem Verhältnis mehr. Der finanzielle Aufwand des Mawas-Projektes würde sich von insgesamt 11,5 Millionen Euro in zwölf Jahren im klassischen Schutzgebietsregime auf etwa 480 Millionen Euro erhöhen – schon bei einem angenommenen Preis für Wald-Emissionszertifikate von nur drei Euro je Tonne CO₂-Äquivalent.

Nicht zuletzt sehen wir bei der Honorierung vermiedener Entwaldung ernste methodische Probleme bei der Festsetzung eines Referenzniveaus. Das braucht man aber, wenn man feststellen möchte, ob und wie viel Wald weniger abgeholzt wurde. Es fehlen für wichtige Länder schlichtweg vernünftige Daten. Und wenn es sie gibt, sind sie nicht vernünftig zu interpretieren.

Selbst die vergleichsweise guten Daten für Brasilien, ja sogar die exzellenten aus dem Weltraum und von Überfliegungen für Australien, führen jeweils bei Auswertung durch zwei verschiedene staatliche Behörden zu zwei völlig unterschiedlichen Ergebnissen.

Ich habe das Gefühl, hier wird ein Manipulationsspielraum eröffnet, der dem beim CDM noch weit in den Schatten stellt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bislang habe ich vieles Kritisches gesagt. Wenn ich jetzt dafür plädiere, dass im Rahmen des UN-Klimaprozesses tatsächlich mindestens die im Kopenhagen-Accord genannten 100 Milliarden Dollar ab 2020 von den Industriestaaten in den globalen Süden fließen sollen, klingt dies zunächst wie ein Widerspruch zum bislang Gesagten.

Wenn Sie sich erinnern: Diskutiert wird, etwa ein Drittel solcher Summen für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, zwei Drittel für Klimaschutzmaßnahmen und den Tropenwaldschutz für vorzusehen. Für den Waldschutz soll ja ein Mechanismus eingerichtet werden, der Weltbankfonds FCPF ist eine Vorstufe davon.

Ich denke, meine Zustimmung zu den Transfers ist kein Widerspruch, denn der Norden hat gegenüber den Entwicklungsländern jede Menge Ökoschulden. Wegen den historischen Emissionen der Industrieländer und auch wegen der Ausplünderung ihrer Ressourcen. Nicht zuletzt wegen der ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Darum sind die Transferzahlungen sogar überfällig. Es kommt aber darauf an, sie in Abstimmung mit den lokalen Bevölkerungen in die richtigen Bahnen zu lenken.

Werden sie im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt - nützen sie auch den einfachen Leuten, und stärken sie eine gute Regierungsführung - so werden die Zielländer gleichzeitig gestärkt im Kampf gegen das Agrobusiness und gegen illegale Abholzungen. Umso mehr wird auch der klassische Schutzgedanke Fuß fassen können. Ein vernünftiger Lebensstandard schafft Freiräume für nachhaltige Politik – siehe Costa Rica.

Dabei ist es übrigens wenig hilfreich, wenn die Industriestaaten parallel zu Transferzahlungen das Absaugen von natürlichen Ressourcen fördern – siehe Biokraftstoffpläne der EU und der Bundesregierung – oder toleriert – siehe immer noch fehlendes Verbot der Einfuhr von illegal geschlagenen Tropenholz in der EU.

Zusammenfassend plädiere ich für mehr Politik auch im Naturschutz, statt immer mehr marktgängige Instrumente und komplizierte Bewertungssysteme zu erfinden. Ich sehe, ehrlich gesagt, nur wenige Bereiche in denen eine Inwertsetzung von Teilen der biologischen Vielfalt Vorteile gegenüber anderen Instrumenten bringen würde. Das unterscheidet den Naturschutz vom Klimaschutz, wo CO₂-Preise ein starker ökonomischer Hebel sein können.

Systeme zur Honorierung von Ökosystemdienstleistungen werden sich sicher etablieren, da wo sie Sinn machen. Sie dürfen aber nicht zum Politik-Ersatz oder Selbstbedienungsladen verkommen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.